



Foto: FreePress

TITEL

24 | PREISEXPLOSION

Hohe Preise, niedrige Löhne:
Unser Leben wird immer teurer.
Wie wir uns davor schützen
können.

30 | INTERVIEW

Walther Andreaus, Geschäfts-
führer des Verbraucherschutz-
vereins Robin, über die Teuerung
und die Untätigkeit der Politik.

Auf der Titelseite angekündigte Themen **farbig** gekennzeichnet. Coverfoto: ff-Grafik

TITEL

HOHE PREISE,

Ob im Schwimmbad, in d
Unser Leben wird immer teurer.



Foto: Alexander Abner

Spiel und Spaß im Freischwimmbad:
Daraus ist im Sommer 2023 ein teurer
Spaß geworden.

NIEDRIGE LÖHNE

izzeria oder im Supermarkt:
e wir uns davor schützen können.

von Karl Hinterwaldner





TITEL

Das öffentliche Freischwimmbad ist ein Ort für Familien, Kinder und Jugendliche. Sie verbringen im Sommer ganze Tage hier, schwimmen, plantschen oder haben einfach Spaß.

Spaß macht es zwar auch in diesem Sommer, aber es ist ein teurer Spaß. Wie teuer, das lässt sich anhand einer Beispielfamilie aus Bozen nachzeichnen. An einem sonnigen Tag Mitte Juni besuchen die Eltern und ihre zwei Kinder ein öffentliches Schwimmbad irgendwo in Südtirol. Die Anreise mit dem Auto samt Parkplatz kostet sie etwa 10 Euro.

Weiter geht's zum Eintritt, hier müssen sie 26 Euro berappen (Erwachsene zahlen 8 Euro pro Nase, Kinder bis 13 Jahre 5 Euro). Aber gut, jetzt erst mal einen Platz auf der Liegewiese suchen, Handtuch hinlegen, Badesachen anziehen. Die Kinder tummeln sich im Wasser, die Eltern räkeln sich in der Sonne.

Ein Aperitif wäre jetzt nicht schlecht. Auf der Sonnenterrasse kosten zwei Hugos, eine Fanta und eine Cola (aus der Dose) satte 20 Euro. Das ist happig. Aber noch nichts gegen das Mittagessen. Zwar will sich die Familie da zurückhalten, um sich nicht vollends in Unkosten zu stürzen, trotzdem fällt der Scontrino gesalzen aus: 45 Euro für zwei Portionen Spaghetti mit Tomaten, einmal Würstchen mit Pommes und einmal Chicken-Nuggets sowie einen Liter Mineralwasser.

Da will man sich glatt vom Drei-Meter-Brett stürzen. Bei der Hitze tut das gut. Und weil der Nachmittag dann doch wieder lang ist und die Eltern Lust auf



Wo der Preishammer zuschlägt

Lebensmittel, je Kilo in Euro

	April 2022	April 2023	%
Reis	2,05	3,21	+56
Mehl	0,93	1,21	+30
Nudeln	1,79	2,14	+19
Butter	9,45	13,02	+37
Erdbeeren	5,95	6,82	+14
Karotten	1,55	2,01	+29
Tomatensugo	1,69	2,54	+50
Frühkartoffeln	1,80	2,22	+23
Fischstäbchen	7,49	9,74	+30

Kaffee, die Kinder auf Eis haben, geht es in die Schwimmbad-Bar: 14 Euro sind es diesmal.

Als die Familie abends zusammenzählt, um die Kosten ins Haushaltsbuch zu übertragen, reibt sie sich die Augen: So ein Tag im Schwimmbad kostet nicht weniger als 115 Euro. Das ist nicht jede Woche drin.

„EIN SCHUTZ VOR DER INFLATION IST DAS VERGLEICHEN DER PREISE.“

Gunde Bauhofer, Verbraucherzentrale

Die Preise im Schwimmbad sind kein Einzelfall. Auch in der Pizzeria, im Friseursalon oder im Supermarkt sind sie in den vergangenen Monaten empfindlich nach oben geklettert. Das bedeutet, dass unser Leben immer teurer wird. Viele können sich das bald nicht mehr leisten.

Was sind die Ursachen dafür? Wie können wir uns vor den Teuerungen schützen? Und warum steigen die Löhne und Renten nicht im gleichen Maße an?

Das sind Fragen, mit denen sich beispielsweise Gunde Bauhofer, Geschäftsführerin der Verbraucherzentrale (VZS), beschäftigt. „Schutz vor der Inflation“, sagt sie, „bietet das Preisvergleichen.“ Nur wenn man wisse, was der Markt anbietet, könne man eine kostenbewusste Entscheidung treffen.



Konsumgüter und Dienstleistungen, pro Stück in Euro

	April 2022	April 2023	%
Essen in der Pizzeria	11,54	12,38	+7
Espresso an der Bar	1,24	1,34	+8
Übernachtung mit Frühstück	96,26	108,68	+12
Geschirrspülmittel	1,73	2,40	+38
Shampoo	2,49	5,84	+134
Zahnpasta	3,78	4,40	+16
Toilettenpapier	1,91	3,46	+81

Quelle: Preisbeobachtungsstelle der Gemeinde Bozen



Sie gibt den Menschen zehn Spartipps mit auf den Weg, die man auf der VZS-Internetseite nachlesen kann. Darunter finden sich durchaus nützliche Dinge. Etwa das Führen eines Haushaltsbuchs. Hier werden Tag für Tag alle Ein- und Ausgaben fein säuberlich eingetragen, dadurch könne man Ausgabenmuster erkennen und Sparpotenziale ausmachen.

„Wichtig ist, sich einen Überblick über die Zahlungsströme zu verschaffen“, sagt Bauhofer. Was an Geld geht ein in der nächsten Zeit und welche Zahlungsverpflichtungen stehen dem gegenüber? Reicht das verfügbare Einkommen, um alle anderen Ausgaben zu decken? Wenn nicht, könne man gezielt versuchen, Kosten, die es vielleicht gar nicht braucht, einzusparen.

Ein weiterer Tipp: Supermärkte und Geschäfte niemals hungrig betreten und stets nur mit Einkaufsliste bewehrt. Vor dem Einkaufen Kühl- und Vorratsschrank checken, aufschreiben, was es braucht. Sich in den Geschäften nach billigeren Waren strecken oder bücken. Nicht an der Qualität der Lebensmittel sparen, sondern lieber Verschwendung vermeiden.

Zum Schluss gibt es noch einen „Geheimtipp für Sparprofis und heimliche Klimaschützer“: auf teure Limonaden oder Mineralwasser in Plastikflaschen verzichten und Leitungswasser trinken. Ist in Südtirol von bester Qualität und stillt den Durst am effizientesten.

Am Anfang der Teuerungen standen die Energiepreise. Sie gingen gegen jede Logik durch die Decke – nur weil Öl und Gas teuer wurden. In Südtirol wird zwar doppelt so viel elektrischer Strom aus Wasserkraft erzeugt wie verbraucht, trotzdem stiegen die Preise gleich wie überall an.

Das ist seltsam. Denn was hat der Anstieg der Erdöl- und Gaspreise mit der Stromerzeugung mithilfe von Wasserdruck zu tun? Die Antwort lautet: nichts. Trotzdem erreichten die Strompreise auch in Südtirol historische Höchststände. Das hatte Auswirkungen auf das große Ganze: Im Jahr 2022 belief sich die Inflationsrate in Südtirol offiziell auf mehr als 12 Prozent.

Die Banca d'Italia macht dafür hauptsächlich die Bereiche Energie, Wohnen, Beherbergung, Gastronomie und Nahrungsmittel verantwortlich. Wobei die Inflation in Südtirol um einen Prozentpunkt höher war als im restlichen Italien.

„Der Inflationsunterschied zu Italien“, heißt es dazu im Report der Bank vom Juni 2023, „war in erster Linie auf die Ausgaben für touristische Dienstleistungen und Gastronomie zurückzuführen.“ Dieser Umstand lasse vermuten, dass die höhere Steigerung des Preisindexes zumindest teilweise Verbraucher betraf, die nicht in der Provinz ansässig sind.

Das mag zwar stimmen. Fakt ist aber auch, dass die Preise in Bars, Restaurants, Pizzeria oder Hotels stark angezogen haben – und seitdem nicht mehr gesenkt wurden. Das steht auch nicht zu erwarten. Übersetzt heißt das: Während in Südtirol der Tourismus brummt, müssen die Einheimischen einen zusätzlichen Kaufkraftverlust hinnehmen.

Über überteuerte Urlaubsorte regt sich auch das deutsche Wochenmagazin *Der Spiegel* in der aktuellen Ausgabe auf: Diesen Sommer seien die Preise mit einem Schlag drastisch angestiegen, auf Mallorca genauso wie in der Türkei – und in Südtirol.

HOHE KOSTEN NIEDRIGE LÖHNE



DAS LOHNNIVEAU

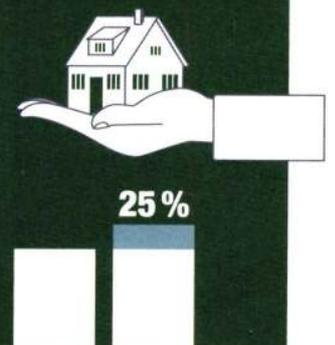
ist damit um etwa **9 Prozent** höher als im italienischen Durchschnitt*.



Zugleich sind

DIE LEBENS- HALTUNGSKOSTEN

in Südtirol um **25 Prozent** höher als im italienischen Durchschnitt**.



DAS BEDEUTET: Die Löhne in Südtirol müssten um **25 Prozent** höher sein als im italienischen Durchschnitt, damit sich die Menschen hierzulande mit ihrem Geld gleich viel leisten können wie im übrigen Italien.

Die Löhne sind also zu niedrig – oder die Preise der Waren und Dienstleistungen sind zu hoch.

*Jahr 2019; **Jahr 2020



TITEL

Hier wolle man weg vom Massentourismus, hin zu mehr Qualität, wird Tourismuslandesrat Arnold Schuler zitiert. Qualitätstourismus funktioniere über den Preis: Statt auf Busladungen mit deutschen Rentnern setze man nun auf Menschen aus aller Welt, die Wert auf Bio und Regionalität legen. Allerdings, sagt Schuler, wolle man „sicher nicht, dass es zu sehr in eine Richtung kippt“. Das sei nicht einfach, denn „die hochpreisigen Betriebe seien zurzeit auch die erfolgreichsten“.

Weniger prickelnd ist dieser Trend für die „weniger wohlhabenden privaten Haushalte“ in Südtirol. Sie spüren die rasanten Teuerungen viel stärker als die bessergestellten Haushalte. Das stellt auch die Banca d'Italia in ihrem Report fest. Als Grund dafür führt sie an, dass im Warenkorb der ärmeren Haushalte die Ausgaben für Wohnen und Lebensmittel einen größeren Anteil ausmachen.

Zitat aus dem Report der Bank: „Der Unterschied zu den wohlhabenderen Familien erreichte seinen Höchstwert von 6,5 Prozentpunkten im Dezember 2022, bevor er Anfang 2023 deutlich zurückging; im vergangenen März war er auf etwa 3 Prozentpunkte gesunken.“

Gesunken sind die Preise natürlich nicht. Und für die ärmeren Haushalte hat sich die Lage seit Dezember auch nicht entspannt. Es ist lediglich so, dass nun auch die wohlhabenderen Familien, sprich jene aus dem Mittelstand, die erhöhten Preise deutlicher spüren.

Erhellend dazu sind die Haushaltsbücher einer mittelständischen Familie aus dem Eisacktal. Sie schreibt Tag für Tag und Jahr für Jahr alle Ausgaben, die sie hat, auf. Und zwar

aufgeschlüsselt nach Bereichen wie etwa Lebensmittel, Haushalt oder Freizeit.

Die Familie gab 2019 rund 5.600 Euro für Lebensmittel aus. Das war in etwa gleich viel wie in den Jahren zuvor. Danach ging es rapide nach oben, 2022 erreichten die Ausgaben für Lebensmittel ihren vorläufigen Höhepunkt mit 7.200 Euro.

Aber das ist nicht das Ende der Fahnenstange. Denn in den ersten fünf Monaten 2023 waren es bereits 3.200 Euro. Auf das ganze Jahr berechnet, kommen so am Ende 7.600 Euro zusammen. Gegenüber 2019 ist das ein Plus von 35 Prozent. Das ist erheblich mehr, als die offizielle Inflationsrate hergeben würde.

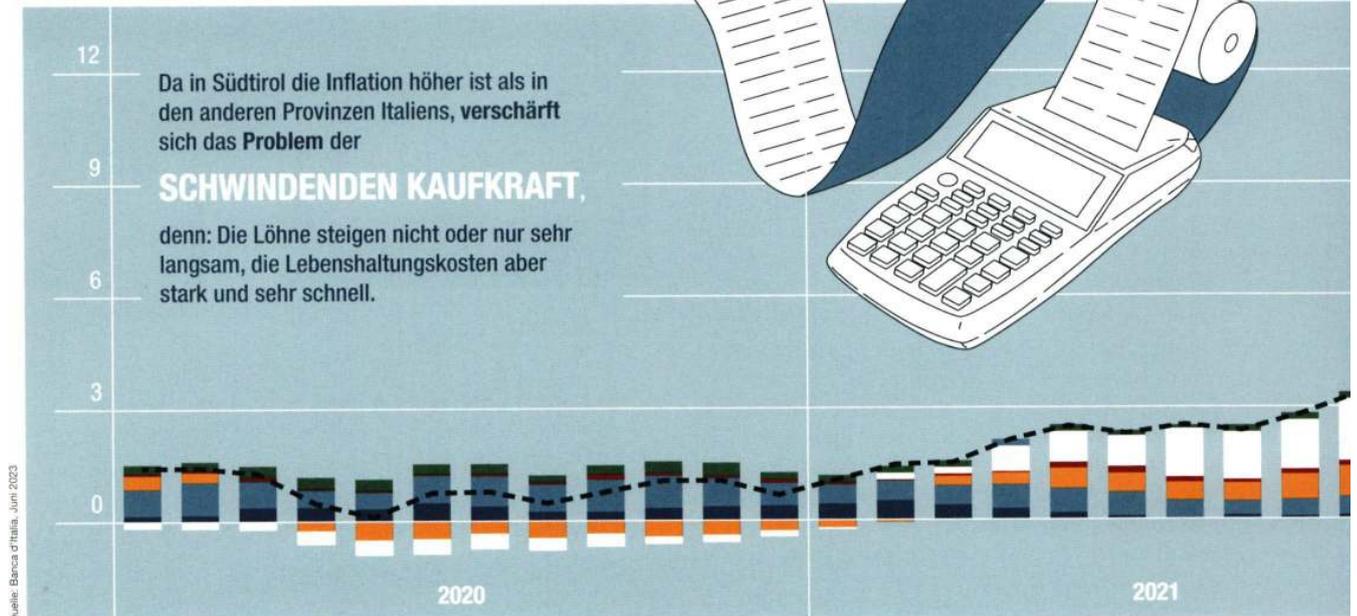
Auch für den Mittelstand gilt: Er kauft nicht die gesamte Palette der Produkte der Statistikämter ein, sondern jene, die er braucht. Und es sind häufig grundlegende Lebensmittel und Dienstleistungen, die erheblich teurer geworden sind – während Waren im Hochpreis- und Luxussegment stabil blieben.

Das zeigen die Erhebungen der Beobachtungsstelle für Preise der Gemeinde Bozen. Zwischen April 2022 und April 2023 sind die Produkte des täglichen Bedarfs wie Reis, Mehl oder Tomatensugo weit stärker angestiegen als jene des nicht alltäglichen Bedarfs.

Ärmeren Schichten machen die Teuerungen schwer zu schaffen. Das bestätigt Petra Priller, die Leiterin der Caritas-Schuldnerberatung. Die Anfragen seien im ersten Semester 2023 im Vergleich zum gleichen Zeitraum der letzten vier Jahre angestiegen. „Auffällig war“, sagt Priller, „dass wir rund 10 Prozent mehr Erstgespräche geführt haben.“

Die Menschen, die sich an die Schuldnerberatung wenden, haben im Durchschnitt ein Einkommen von circa 1.350 Euro

TEURES LEBEN





im Monat und müssen 38.000 Euro an Schulden bestreiten. Mit diesem Einkommen ist es nicht einfach, nach Bezahlung der Lebenshaltungskosten und der Miete auch noch etwas Geld für unvorhergesehene Ausgaben anzusparen.

Sehr oft haben diese Menschen Schwierigkeiten, Strom- und Gasrechnungen sowie Miete und Nebenkosten zu begleichen und ihre Schulden zu tilgen. Auslöser für den Gang zur Schuldnerberatung sind in der Hälfte der Fälle prekäre Arbeitsverhältnisse sowie geringes oder gar fehlendes Einkommen.

Um Existenzen zu sichern, gewährte die Caritas-Schuldnerberatung 2022 Unterstützungen in Höhe von 142.000 Euro (im Jahr zuvor waren es 127.000 Euro gewesen). Mit dem Geld können die Menschen ihre Wohnkosten decken, die Strom- und Gasrechnungen begleichen oder einfach Lebensmittel einkaufen.

Was man tun könnte? „Politik, Wirtschaft und Sozialverbände“, sagt Petra Priller, „werden gemeinsam versuchen müssen, die Voraussetzungen zu schaffen, damit leistbares Wohnen gelingt und das Einkommen für existenzielle Ausgaben bis ans Monatsende ausreicht.“

Um konkret zu sparen, schiebt sie noch einige Tipps hinterher, darunter: im Haushalt Sparlampen benutzen; lieber die Waschmaschine einmal ganz voll, als zweimal halb leer laufen lassen; Fenster im Winter nicht kippen, sondern einmal fünf Minuten stoßlüften, um Heizkosten gering zu halten; Handy- und Versicherungsverträge daraufhin checken, ob es billigere Anbieter mit gleichem Angebot gibt; oder Bankkonten vergleichen, um Kosten zu sparen.

„Trotzdem“, sagt Schuldnerberaterin Priller, „werden sich Menschen mit einer Mindestpension oder mit geringem Einkommen schwertun, weil sie aufgrund der steigenden Preise nicht mehr mithalten können.“

Niedrige Löhne und Renten sind die andere Seite der Medaille. Das Arbeitsförderungsinstitut (Afi) errechnete, dass in Südtirol zwar um 9 Prozent höhere Gehälter als im restlichen Italien ausbezahlt werden. Zugleich aber liegen die Lebenshaltungskosten um 25 Prozent über dem italienischen Durchschnitt. Das heißt: Anderswo in Italien erhält man zwar weniger Lohn, kann sich dafür aber wesentlich mehr kaufen.

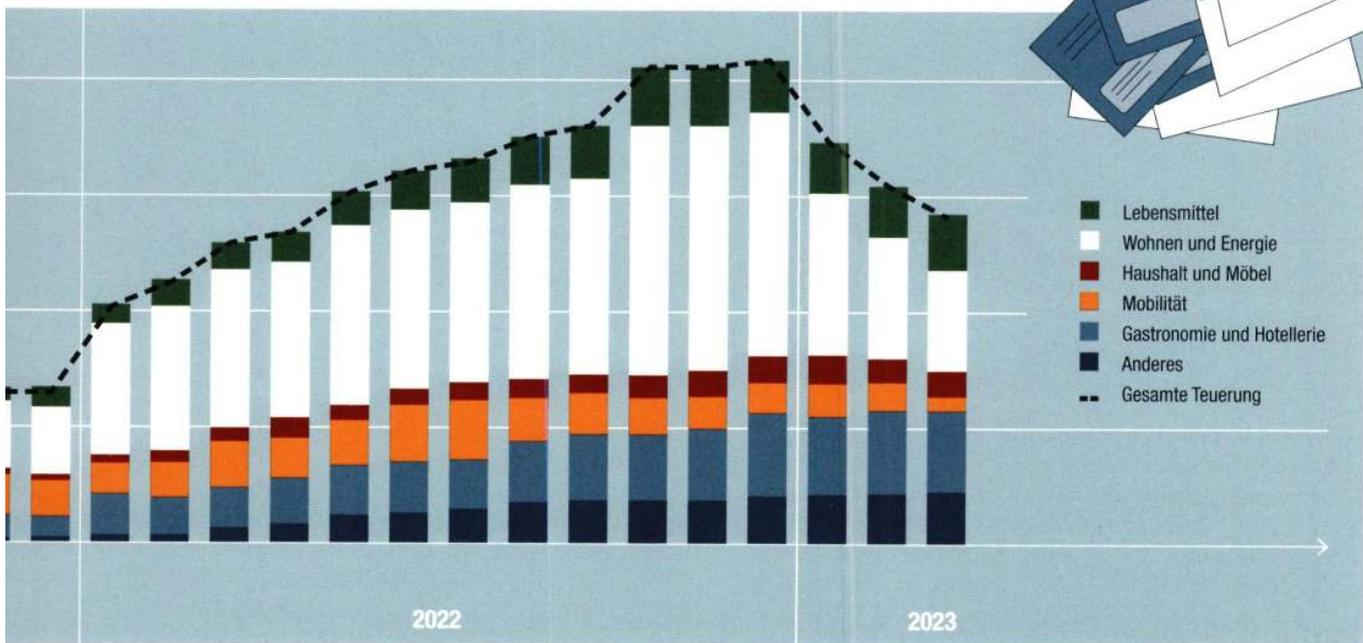
Die Gewerkschaften fordern zurecht Erhöhungen – zuletzt bei einer Kundgebung Anfang Juni auf dem Landhausplatz. „Es reicht nicht“ war das Motto von AGB/CGIL, ASGB, SGB/Cisl und SGK/UiI. Dieses Magazin hat Mitte Mai unter demselben Titel die prekäre Lage der Lohnbeziehenden analysiert. Und war zum Schluss gekommen, dass beispielsweise die Löhne im öffentlichen Dienst in Südtirol

von 2014-2023 nominell um 6 Prozent gestiegen sind. In Österreich waren es im selben Zeitraum 25 Prozent.

Daher die Forderung der Gewerkschaften: „Die massiven Preissteigerungen bringen viele Menschen in große Schwierigkeiten. Die Arbeitgeberverbände sind gefordert, die Löhne spürbar anzuheben, die Politik muss

„DIE ANZAHL DER ERSTGESPRÄCHE IST 2023 UM 10 PROZENT GESTIEGEN.“

Petra Priller,
Caritas-Schuldnerberatung

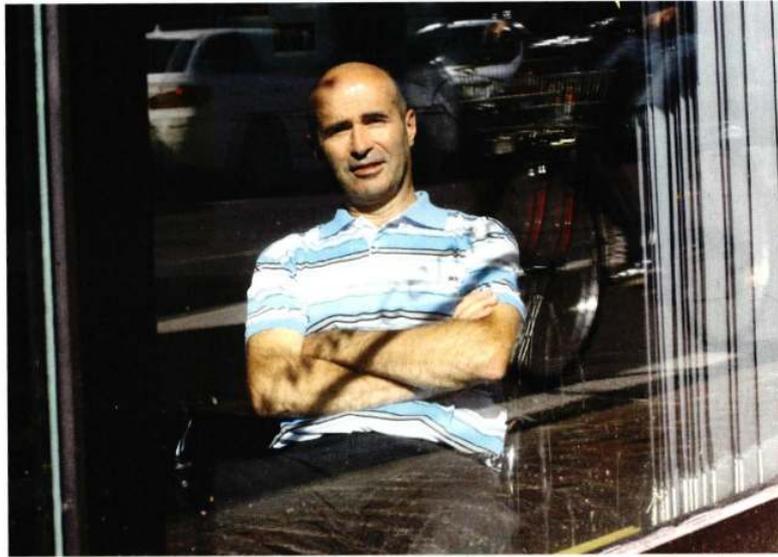




TITEL

„Wir werden schleichend enteignet“

Walther Andreaus, ehrenamtlicher Geschäftsführer des Verbraucherschutzvereins Robin, über die Teuerungen und die Untätigkeit der Politik:
„Sie starrt wie das Kaninchen auf die Schlange.“



Walther Andreaus war früher Geschäftsführer der Verbraucherzentrale, jetzt macht er denselben Job für Robin: „Die Reichen merken nichts davon.“

ff: Überall ist es empfindlich teurer geworden, egal ob im Schwimmbad, im Supermarkt oder in der Pizzeria. Trotzdem sagt die Statistik, alles sei gut, die Inflation sinke bereits wieder. Wie kann das sein?

Walther Andreaus: Wer einkaufen geht, merkt, dass es zu massiven Steigerungen gekommen ist. Man hat aber gleichzeitig das Gefühl, dass die Teuerungen offiziell wesentlich geringer angegeben werden, als sie in Wirklichkeit sind.

Warum ist das so?

Wir kaufen nicht den Warenkorb der Statistikämter ein, sondern einzelne Produkte, die wir brauchen. Das sind nicht so viele. Und bei ihnen merkt man ganz genau, dass sie deutlich teurer geworden sind.

Merken das alle Menschen?

Nicht unbedingt. Es gibt ja drei Kategorien von Menschen. Erstens die Reichen. Sie merken gar nichts. Zweitens die Armen. Bei ihnen schlägt die Teuerung stark zu Buche, weil Lebensmittel für sie einen großen Anteil am Budget ausmachen und sie stark gestiegen sind. Und drittens gibt es den Mittelstand. Dieser schnauft jetzt auch laut. Er packt

es zwar noch, kann aber nichts sparen. Wer nicht aufpasst, kommt nicht mehr ans Monatsende ...

Ihre Analyse klingt wenig zuversichtlich ...

Ich würde sagen: Wir haben es mit einer starken, wenn auch schleichenden Enteignung zu tun. Die Vereinigung für Handwerk und Kleinunternehmertum CGIA in Mestre wartet dazu mit sehr interessanten Zahlen auf: Demnach verliert jede Südtiroler Familie 2022 und 2023 mehr als 10.500 Euro von ihrem Ersparnen – eben wegen der hohen Inflation.

Wie kann das sein?

In Südtirol liegen über zehn Milliarden Euro auf den Sparkonten. Wir sind beim Sparen einsame Spitze in Italien – vor der Provinz Mailand und dem Trentino. Aber wegen der niedrigen Zinsen und der hohen Inflation vermindert sich dieses Geld real drastisch. Es ist, wie gesagt, eine schleichende Enteignung im Gange.

Warum betreffen die Teuerungen vor allem auch Grundnahrungsmittel?

Die Preisbildung ist etwas vom Intransparentesten, was es gibt. Die Energiebetriebe haben vorgemacht, wie man



imstande ist, gewaltige Preissteigerungen auf dem Markt zu erzielen – ohne ersichtlichen Grund. Jetzt gibt es gar einige Spekulanten und Nachahmer, die das ausnutzen.

Alles nur Spekulation?

Nein, es gibt auch gerechtfertigte Preissteigerungen. Wenn ich viel Energie verbrauche und plötzlich viel mehr dafür zahlen muss, darf ich die Preissteigerung weitergeben. Aber manche geben Energiekosten auch weiter, obwohl bei ihnen die Energie nur einen geringen Teil der Kosten ausmacht.

Und es gibt keinen, der dem Treiben Einhalt gebietet?

Es wird nur zugeschaut. Der Garante der Prezzi und die Aufsichtsbehörde für Wettbewerb und Markt (AGCM) sollten die Preise auf nationaler Ebene überwachen. Passieren tut aber nichts. Wir als Robin haben bereits mehrere Eingaben bei der AGCM gemacht und nicht einmal eine Antwort erhalten.

Und die Politik?

Sie starrt wie das Kaninchen auf die Schlange, ist wie paralysiert. Südtirols Landesregierung hat im letzten Jahr zwar ein bisschen Hilfgeld hinterhergeschmissen. Aber das führt nur dazu, dass die Preise noch mehr steigen.

Warum steigen die Preise durch Hilfgeld?

Das zeigt sich etwa auf dem Mietmarkt für Wohnungen. Werden die Beiträge dafür erhöht, gehen die Vermietenden her und sagen: Ah, jetzt bekommt ihr eh mehr Beitrag, wir müssen die Miete leider anheben.

Was müsste die Politik tun?

Sie müsste aktive Preiskontrolle betreiben. Übertriebene Preiserhöhungen sind gesetzlich verboten. Aber wenn ich die Aufsichtsbehörden und die Staatsanwaltschaften am Hungertuch bei Personal und Ausstattung nagen lasse, bleiben sie untätig.

Die Gemeinde Bozen ließ einst Grundnahrungsmittel zu bestimmten Preisen verkaufen?

Das war in den Zweitausenderjahren – und ein gutes Mittel, damit grundlegende Produkte wie Mehl oder Nudeln für alle erschwinglich bleiben. Die Leute haben das damals gut angenommen, die Regale mit diesen Produkten waren meistens ziemlich leer gefegt.

Warum sind Markenprodukte in Südtirol teurer als in Deutschland, die klassischen Windeln etwa?

Das müsste nicht so sein. Das wäre ein gutes Beispiel, dem eine Aufsichtsbehörde nachgehen müsste. Bei uns werden die Strukturen für die Vermarktung nicht viel schlechter sein als in Deutschland. Warum also der höhere Preis? Aber da passiert nichts. ■

Interview: Karl Hinterwaldner

konkrete Schritte zur Unterstützung von Arbeitnehmern und Rentnern setzen; dies besonders für Personen mit niedrigen und mittleren Einkommen.“

Und was tut die Politik? Wenig. Sie brauchte selbst Jahre, um mit den eigenen Mitarbeitenden einen bereichsübergreifenden Kollektivvertrag abzuschließen. Jener für die Jahre 2019, 2020 und 2021 wurde Ende Mai 2023 (!) abgeschlossen. Nun, vermeldete das Landespresseamt verhalten, werde der Weg für die offizielle Aufnahme von Verhandlungen für den Zeitraum 2022 bis 2024 frei.

Landeshauptmann Arno Kompatscher sprach von einer „guten Nachricht für das Land Südtirol“. Und musste zugleich zerknirscht einräumen: „Wir sind uns bewusst, dass dies nicht alle Bedürfnisse, vor allem nicht die gesamte Inflation, ausgleicht.“

Von einer Anpassung von Löhnen und Renten an die Inflation sind Südtirol und Italien weit entfernt. Anderswo im Euroraum fürchtet man eine sogenannte Lohn-Preis-Spirale; in so einem Fall schaukeln sich Preise und Löhne gegenseitig hoch. Hierzulande ist die Entwicklung eine andere: Die Verbraucherpreise steigen, die Reallöhne sinken.

Der europäische Tarifbericht des gewerkschaftsnahen Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts WSI zeigt schonungslos auf, was zwischen 2010 und 2020 passiert ist. Während in Ländern wie Bulgarien (+58 Prozent), Rumänien (+44) oder Polen (+32) die Reallöhne deutlich stiegen, blieben sie in Griechenland praktisch gleich. Nur in zwei EU-Ländern gab es in diesem Zeitraum real weniger in die Lohntüte: in Belgien (-0,1 Prozent) und Italien (-3,5 Prozent).

Reallöhne berücksichtigen im Gegensatz zu Nominallöhnen auch die Inflation. Sind die Zuwächse der Inflation größer als die Zuwächse des Nominallohns, spricht man von einem Rückgang des Reallohns. Man kann sich weniger kaufen, obwohl man mehr verdient. Aber eben nicht um so viel mehr, wie die Preise gestiegen sind.

Rechnet man anhand der Bruttolöhne nach, wie es in Südtirol aussieht, kann einem angst und bange werden. So lagen sie 2007 für einen Vollzeitbeschäftigten in der Privatwirtschaft im Durchschnitt bei 24.400 Euro. Im Jahr 2020 waren sie auf 30.600 Euro nach oben geklettert (letzte verfügbare Daten). Das ist ein Plus von 25 Prozent. Im gleichen Zeitraum lag die offizielle Inflation bei 27 Prozent.

Das bedeutet: Die Reallöhne in Südtirol sind von 2007 bis 2020 um 2 Prozent gesunken. Und dabei sind die wirklich schlimmen Jahre 2021, 2022 und 2023 gar nicht eingerechnet.

Tut man das, wird das Bild noch unansehnlicher: Die Inflation von Januar 2021 bis Mai 2023 lag bei 17 Prozent. Nimmt man an, dass die Löhne nominell gleichmäßig wie seit 2007 nach oben geklettert sind, läge das Plus auf der Lohnseite bei etwa 5 Prozent. 5 weniger 17 macht ein Minus von 12 Prozent. Zusammen mit den -2 Prozent wären die Reallöhne seit 2007 um 14 Prozent geschrumpft.

Das ist bitter. Und zwingt Politik und Wirtschaft zum Handeln. Denn Menschen, die sich das Leben nicht mehr leisten können, sind nicht in ihrem Sinne. ■